(1) Veröffentlichungsnummer:

0 166 928

A1

(12)

EUROPÄISCHE PATENTANMELDUNG

(21) Anmeldenummer: 85105905.5

(5) Int. Cl.4: **C 06 B 21/00** F 42 B 23/02

(22) Anmeldetag: 14.05.85

(30) Priorität: 01.06.84 DE 3420543

(43) Veröffentlichungstag der Anmeldung: 08.01.86 Patentblatt 86/2

84 Benannte Vertragsstaaten: AT BE CH DE FR GB IT LI NL SE 71) Anmelder: DIEHL GMBH & CO. Stephanstrasse 49 D-8500 Nürnberg(DE)

72) Erfinder: Müller, Otmar Rosenstrasse 4 D-6697 Nohfelden 1(DE)

72) Erfinder: Berg, Günter Schwarzborn-Hof D-6696 Nonnweiler(DE)

72) Erfinder: Scherer, Werner Moselufer 7 D-5558 Schweich(DE)

Vertreter: Hofmann, Gerhard, Dipl.-Ing. et al, Stephanstrasse 49 D-8500 Nürnberg(DE)

(54) Verfahren zur Herstellung einer fest haftenden Sprengstoff-Gussladung an einem Ladungsträger.

Für die Füllung von Geschoßhüllen von Rohrwaffenmunition wird ein Verfahren vorgeschlagen, bei dem Bodenspalte zwischen Sprengstoff und dem Boden der Geschoßhülle vermieden werden.

Insgesamt ist die Wandhaftung des Sprengstoffes an dem Geschoßkörper so groß, daß beim mechanischen Herauslösen des Sprengstoffes aus der Geschoßhülle der Sprengstoff innerhalb seines Gefüges reißt. Dies wird dadurch erreicht, daß ein Adhäsionsmittel mit einem Anteil eines in Sauerstoff nicht-härtenden Bindeharzes an der vorbehandelten oder nicht behandelten Geschoßhüllenwand aufgetragen wird und erst nach dem vollständigen Abtrocknen des Adhäsionsmittels mit einem flüssigen Sprengstoff in Berührung kommt. Der flüssige Sprengstoff solvatiert das Adhäsionsmittel, wodurch eine innige Verzahnung der wieder erstarrten Phasen erzielt wird.

B/Hr.

20

DIEHL GMBH & CO., 8500 Nürnberg

Verfahren zur Herstellung einer fest haftenden Sprengstoff-Gußladung an einem Ladungsträger

Die Erfindung bezieht sich auf ein Verfahren zur Herstellung einer fest haftenden Sprengstoff-Gußladung an einem Ladungsträger nach dem Oberbegriff des Anspruches 1.

05 Beim Füllen großer Unterwasser-Sprengkörper nach der DE-PS 21 55 229 ist es bekannt, auf die Innenwand eines Ladungsbehälters eine gleichmäßig dicke Bitumenschicht aufzutragen. Die Schichtdicke von etwa 0,2 bis 5 mm hat die Aufgabe, auf dem Behälter übertragene Stösse zu dämpfen und die Transportsicherheit des Unterwasser-Sprengkörpers zu gewährleisten. Beim Füllen von Ladungsträgern, wie Geschoßhüllen 10 mit Sprengstoffquß, werden verhältnismäßig aufwendige Verfahren eingesetzt, um Bodenspalte und allgemein geringe Wandhaftung des Sprengstoffes zur Innenwand zu vermeiden. Dies läßt sich jedoch nicht mit der geforderten Sicherheit erreichen. Ein fester Sitz 15 der Sprengstoff-Füllung muß zur Vermeidung von Rohrkrepierern durch Schock- bzw. Stoßzündung des Sprengstoffes beim Abschuß jedoch unbedingt gewährleistet sein.

Die Aufgabe der Erfindung ist es daher, ein Verfahren unter Verwendung eines Adhäsionsmittels zum Verbinden von Oberflächen in explosive Ladungen enthaltenden Munitionen vorzuschlagen, mit dem der feste Sitz der Sprengladung in dem Ladungsträger bei Vermeidung des vorgenannten Bodenspaltes gewährleistet ist.

25 ...2

Diese Aufgabe wird mit den kennzeichnenden Merkmalen des Anspruches 1 gelöst.

Vorteilhafte Weiterbildungen der Erfindung sind in den Unteransprüchen angegeben.

05

Nach der Erfindung liegt ein rationelles Fertigungsverfahren bei gleichbleibender Qualität der Wandhaftung vor. Die Wandhaftung beruht darauf, daß der in den Ladungsträger eingefüllte Sprengstoff das Adhäsionsmittel anlöst, wodurch eine innige Verzahnung der wieder erstarrten Phasen erzielt wird. Das Adhäsionsmittel selbst haftet fest an blanken, unvergüteten Metallen als auch an galvanisch oder kalt-phosphatiert vorbehandelten Metallen.

15

10

20

25

30

35

...3

Das erfindungsgemäße Verfahren wird am Beispiel einer Geschoßfüllung für Rohrwaffenmunition erläutert.

05

10

Eine Geschoßhülle weist an ihrer Innenwand eine kalt-phosphatisch erzeugte Schutzschicht auf. Auf diese Schutzschicht wird im Spritzverfahren das Adhäsionsmittel bei Raumtemperatur aufgetragen. Nach dem Abtrocknen des Adhäsionsmittels wird die Geschoßhülle in einem Wasserbad erwärmt bis die Oberflächentemperatur des Adhäsionsmittels 70°C beträgt. Danach wird flüssiger Sprengstoff, bspw. Composition B mit geeigneter Temperatur in die Geschoßhülle eingefüllt. Darauf erfolgt die übliche Abkühlphase.

Wesentlich ist für die Erfindung, daß ein "Naß in Naß-Verarbeiten" ausgeschlossen sein muß, d.h., daß das Adhäsionsmittel erst dann 15 vom flüssigen Sprengstoff beaufschlagt werden darf, wenn das Adhäsionsmittel nicht nur eine feste Oberfläche aufweist, sondern auch durchgetrocknet ist. Erst dann wird die Phase der Solvatierung bzw. Solvatation von Adhäsionsmittel und Sprengstoff erreicht. Die Solvatierung führt zu einer Wandhaftung, die den eingangs genannten 20 Bodenspalt mit Sicherheit vermeidet. Bei mechanischem Herauslösen der Sprengladung aus der Geschoßhülle liegen keine Schwammstellen oder glänzende Lackflächenbereiche vor. Die Haftwerte zwischen dem Sprengstoff und dem Adhäsionsmittel liegen über der jeweiligen Sprengstoff-Scherfestigkeit. Beim Ausdrücken einer Sprengladung aus einer 25 Geschoßhülle reißt das Sprengstoffgefüge dicht an, jedoch außerhalb der Solvatierungszone. Es bleibt also die Schicht des Adhäsionsmittels einschließlich einer daran anhaftenden relativ dünnen und rauhen Schicht aus Sprengstoff erhalten. Die Bruchzone liegt daher vollständig innerhalb des Sprengstoffes.

Für Rohrwaffenmunition ist damit ein erweiterter Einsatzbereich, bspw. bei der Artillerie möglich. Die Munition widersteht nämlich wesentlich höheren Beschleunigungen, so daß die Feuergeschwindigkeit durch rascheres Ansetzen und Abbremsen des Geschosses im Patronenlager als auch die Steigerung der Reichweite der Munition durch

35 eine entsprechend große Anzahl der Ladungen möglich ist, ohne daß die Gefahr von ladungsspezifischen Rohrkrepierern vorliegt. Die mechanischen Beanspruchungsgrenzen sind daher nicht mehr durch die Wandhaftung des Sprengstoffes am Geschoßkörper begrenzt, sondern allein durch die Festigkeit des jeweiligen Sprengstoffes.

Mit dem erfindungsgemäßen Verfahren werden auch Probleme bei luftverlastbaren Munitionen, wie Minen, Gefechtsköpfe, beseitigt. Hochfrequente Schwingungen während des Lufttransportes und Stoßbeanspruchungen, wie Aufschlag auf den Boden, führen nicht mehr zum Ablösen der Sprengladung von der Innenwand des Munitionskörpers.

10

15

20

25

30

35

P 776

05

10

15

20

25

30

Patentansprüche

- 1. Verfahren zur Herstellung einer fest haftenden Sprengstoff-Gußladung an einem Ladungsträger, wie Geschoßhülle, Gehäuse für Sprengkörper, Gefechtsköpfe, Minen, bei dem flüssiger Sprengstoff auf den vorgewärmten, eine Beschichtung aufweisenden Ladungsträger aufgetragen und dann der Ladungsträger durch Temperatursteuerung abgekühlt wird, dadurch gekennzeichnet, daß man eine Suspension, bestehend aus
 - a) 14 bis 46 Gew% eines in Sauerstoff nicht-hartenden Bindeharzes mit einem Erweichungspunkt unterhalb des Schmelzpunktes des Sprengstoffes;
 - b) 6 bis 26 Gew% einer Pigmentkomposition;
 - c) 24 bis 66 Gew% einer polymeren Lösungsmittelkomposition,

wie etwa

30% PVC-Mischpolymerisat

3% ölfreier Polyester

30% Xylol

7% epoximodifiziertes Triglycerid

0,5% Bentone

1,5% Flammruß

5% Ethylqlykol

13% Talcum

5% Butylacetat

5% Testbenzin

auf den etwa auf Raumtemperatur temperierten Ladungsträger mit einer Schichtdicke zwischen $10~\mu m$ und $100~\mu m$ aufträgt,

die Spuspension abtrocknet,

der beschichtete Ladungsträger auf einer Oberflächentemperatur
zwischen 20 und 90°C erwärmt und

den flüssigen Sprengstoff mit einer Temperatur zwischen dem

Erstarrungspunkt und 110°C einfüllt.

- Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Suspension mit einer Schichtdicke von ca. 50 μm aufgetragen wird.
- Verfahren nach Anspruch 1 bei der Anwendung in einem topfförmigen Ladungsträger, dadurch gekennzeichnet,
- daß die Suspension von der Füllseite zum Boden des Ladungsträgers zunehmend, beginnend mit einer Schichtdicke von etwa 25 μm proportional zur Länge des Ladungsträgers ansteigend auf etwa maximal 80 μm zunehmend aufgetragen wird.
- 20 4. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, daß die Suspension im Spritzverfahren aufgetragen wird.
- Verfahren nach Anspruch 1,
 dadurch gekennzeichnet,
 daß der Ladungsträger so weit erwärmt wird, bis die Oberflächen Temperatur der abgetrockneten Suspension 50 bis 80°C beträgt.

30

10

35





EUROPÄISCHER RECHERCHENBERICHT

ΕP 85 10 5905

EINSCHLÄGIGE DOKUMENTE								
Categorie	Kennzeichnung des Dokuments mit Angabe, soweit erforderlich, der maßgeblichen Teile			Betrifft Anspruch	KLASSIFIKATION DER ANMELDUNG (Int. Cl. 4)			
A	DE-A-2 157 498 FABRIKSVERKEN) * Anspruch 1 *	(FÖRENADE		1		06 42		21/00 23/02
D,A	DE-B-2 155 229 * Spalte 2, Zeil 1 *			1				
A	DE-A-2 444 930	(MBB)						
	* Ansprüche 1,4,6 *							
A	US-A-3 054 253	(P.K. CHUNG)						
	* Spalte 1, Zei	len 15-61 *						
	NOTE OFFE MAN AND SAN				RECHERCHIERTE SACHGEBIETE (Int. Cl.4)			
					C F	06	B B	21/00 45/00 5/00 33/00
Der	vorliegende Recherchenbericht wur Recherchenort DEN HAAG	rde für alle Patentansprüche Abschlußdatum der 28-08-1	Recherche	KESTF	EN W	Prufer . G .		
X : vo Y : vo an A : tec O : nic	ATEGORIE DER GENANNTEN D n besonderer Bedeutung allein i n besonderer Bedeutung in Verl deren Veröffentlichung derselbe chnologischer Hintergrund chtschriftliche Offenbarung vischenliteratur	betrachtet bindung mit einer	E: älteres Pa nach dem D: in der Anr L: aus ander	Anmeldeda neldung an n Gründen	tum ver geführt angefü	röffent es Dok hrtes C	licht ume oku	worden ist int '

EPA Form 1503 03 82

Zwischenliteratur der Erfindung zugrunde liegende Theorien oder Grundsätze

[&]amp;: Mitglied der gleichen Patentfamilie, übereinstimmendes Dokument